

Partei bleibt in der 2. Internationale, aber sie beschloß gleichzeitig, in enger Fühlung mit der Arbeiterschaft aller andern Länder zu bleiben.

In den Fragen der aktuellen inneren Politik erforderten das neue Bergwerkgesetz und die Verstaatlichung des Handels mit Alkohol besondere Beachtung. Das Bergwerkgesetz wurde als absolut unzureichend abgelehnt, die Nationalisierung der Wäner noch einmal als einzige Forderung aufgestellt und erklärt, daß die Bergarbeiter die Vorlage der Regierung, selbst wenn sie Gesetz würde, nicht anerkennen könnten.

Die englischen Gewerkschaften und Irland

Am 13. Juli wird in London der Gewerkschafts-Sonberkongress zusammengetreten, der sich mit der irischen Frage beschäftigen soll. Man will zu einer Klarheit darüber kommen, welche Stellung die organisierte Arbeiterschaft zu den andauernden Militär- und Munitionstransporten einnehmen soll.

Der Verband der Eisenbahner hat zu dem Kongress eine Resolution eingebracht, die besagt, daß die gegenwärtige Lage in Irland nicht gestatte, daß eine Gruppe von Arbeitern allein vorgehen, sondern daß die gesamte organisierte Arbeiterbewegung Stellung nehmen müsse. Die Ursache der gegenwärtigen Lage sei 1. die Weigerung der britischen Regierung, die viele Jahre hindurch auf konstitutionellem Wege vorgebrachte Forderung des irischen Volkes anzuerkennen, und 2. das Verlangen der britischen Regierung, diejenigen zur Verantwortung zu ziehen, die Gesetz und Ordnung mißachteten und offene Rebellion unterstützten.

Der Bergarbeiterverband hat eine Gegenresolution eingebracht, die besagt, daß diese Konferenz gegen die britische Militärherrschaft in Irland protestiert und den unerhörten Angriff auf die Freiheit und Unabhängigkeit des irischen Volkes verurteilt. Sie verlangt die sofortige Zurückziehung der Truppen von Irland und fordert das parlamentarische Komitee auf, die Einberufung eines besonderen Gewerkschaftskongresses zu beschleunigen.

Die Resolution der Bergarbeiter zeichnet sich gegenüber der anderen durch größere Klarheit aus. Allgemeine Beurteilungen der Regierungspolitik können heute in der Tat nicht mehr helfen. Die Arbeiterschaft muß sagen, was sie selbst tun kann und tun will, und der Fortschritt des Krieges — sei es in Irland, sei es in Rußland — ein Ende zu bereiten.

Die Militärjustiz

Die Bajarettinsassen, die noch zum alten Heere gehören, unterliegen nicht mehr der militärischen Kommandogewalt. Trotzdem wurde vom Kriegsgesicht in Stuttgart ein Kriegsbeschädigter, der sich wegen seiner schweren Verwundung jetzt noch im Lazarett befindet, zu 14 Tagen Militärarrest verurteilt, weil er einem Hauptmann gegenüber keine „kräme Haltung“ einnahm, also die Fingerspitzen nicht an die Hosennaht legte.

Max Klinger

Von Adolf Behne.

Im imperalistischen Deutschland gab es die Kunst, die der Macht diene und deren bekannteste Vertreter Anton von Werner und die große Reihe der Akademiker (seiner auch der spätere Menzel) waren. . . und eine zu dieser oppositionelle Kunst, als deren Vertreter die Sezessionsisten wirkten.

Imperalistisches Deutschland gab es die Kunst, die der Macht diene und deren bekannteste Vertreter Anton von Werner und die große Reihe der Akademiker (seiner auch der spätere Menzel) waren. . . und eine zu dieser oppositionelle Kunst, als deren Vertreter die Sezessionsisten wirkten.

Unsere Ordnungshüter

Am Mittwoch, den 30. Juni besaßen sich Mannschaften des Reichsheer, des 30. Reg. Nr. 30 aus Zehrensdorf bei Jessen als Transportbegleiter im Minenwerfwerk Karlsruhe bei Berlin und übernachteten dort. Am Donnerstag, den 1. Juli, stellte sich heraus, daß diese Mannschaften in der Nacht durch Veranschauen von Handwörterbüchern, die Taschenrechner, um zu rechnen. Aus einem Raum wurden Kochtöpfe, Schüsseln, Teller, Löffel, Salz und ein Blech gestohlen, welche Sachen den Leuten wieder abgenommen wurden; sie hatten sie im Postkasten ihrer Wägen, und in ihrem Nachschicht verpackt.

Arbeitsverkürzung in der Lokomotivindustrie

Aus einer an den „Vorwärts“ gerichteten Zuschrift kann die Arbeiterschaft einen Vorbehalt von der Sinnlosigkeit der kapitalistischen Produktionsanarchie und der ungezüglichen Profitgier gewinnen, die rücksichtslos die wichtigsten volkswirtschaftlichen Interessen außer Acht läßt, sobald es sich um eigenen Vorteil handelt. In der betreffenden Einsendung heißt es: „Die Lokomotivfabriken haben angeblich sehr wenig zu tun, so daß sie zum Teil mit Arbeitsverkürzung arbeiten lassen.“

Das Beispiel der Lokomotivfabriken zeigt deutlich, zu welchen unheilbaren Verhältnissen wir kommen müssen, wenn die Industrie, von denen ein staatlicher Betrieb in jeder Hinsicht abhängig ist, hier Kohle, Eisen, Maschinen usw. in ungehinderter Privatregie bleiben.

Ein Reichsbeamtenbeirat

Von Dr. jur. Rosenthal (Charlottenburg).

Die rücksichtslose Schicht des deutschen Proletariats ist, infolge der politischen und wirtschaftlichen Kämpfe des vergangenen Jahres, nun endlich zum politischen Leben erwacht: Die Beamten, Angestellten und Arbeiter in den Behörden und Betrieben des Reichs, der Staaten und der Gemeinden, die in der wilhelminischen Ära fast durchweg unpolitisch, d. h. ein unbewusstes und willenloses Instrument in den Händen von sehr politischen Vorgelegten, waren, beginnen sich nunmehr selber politisch zu orientieren.

Diese Klassen gibt es, unter allen Umständen für unsere Bewegung zu gewinnen. Ihnen, die heute von allen Parteien umworben werden, müssen wir klar machen, daß sie ihrer sozialen und wirtschaftlichen Stellung nach zu uns gehören. Die einseitige Lage, in der sich weite Kreise, vor allem, der unieren und mittleren Beamten befinden, kann sich erst ändern, wenn sich diese Schichten ihrer Zugehörigkeit zum Proletariat bewußt geworden sind und erkannt haben, daß ihr Kampf ein Teil des Klassenkampfes ist.

Bei den meisten Verwaltungs- oder gar Justizbehörden sind Sozialisten äußerst seltene Erscheinungen. In dem fürchterlichen Kampf um ihre Weltanschauung, die diese wenigen fast allenthalben bestehen müssen, finden sie, infolge der Unausgleichheit ihrer Kollegen nur selten Beistand.

Darüber hinaus ist eine Halbmonatschrift „Sozialistische Verwaltung“ begründet worden deren Zweck es ist, einmal den Sozialisten im Reich, Staat und Gemeinde das geistige Nahrung für ihren Kampf zu liefern, dann aber auch ein Organ zu schaffen, in welchem Theoretikern und Praktikern die Möglichkeit geboten ist, ihre Auffassung über Schaffung und Ausgestaltung einer sozialistischen Verwaltung darzulegen.

Das Gelingen des Unternehmens kann von ausschlaggebender Bedeutung für den Verlauf der Revolution werden. Auf das Verständnis, welches das Proletariat seinen Zielen entgegenbringt, kommt es an!

Die neue russische Offensive

Nach einem Warschauer Telegramm besagt der letzte polnische Heeresbericht u. a.: Gestern begann der erste Teil der seit langem geplanten bolschewistischen Offensive. Die bolschewistische Heere gingen zum Angriff an der Düna vor. Bolschewistische Kavallerie unterbrach die Eisenbahnlinie Kiew-Kowel. Südlich von Bobruisk griffen die Bolschewisten von Ludwica (?) bis Ostrog an. Weiter südlich ist die Lage unverändert.

Wie der Warschauer Korrespondent der „Heringsche Tidende“ von gut unterrichteter Seite erfahren haben will, kann jeder Augenblick das Eingreifen einer Westmacht zu Gunsten Polens erwartet werden.

Der russische Heeresbericht

Nach dem hier vorliegenden letzten Heeresbericht der Sowjetregierung vom 1. und 2. Juli haben die Rotarmeen in dem Gebiet von Moskau die Verfolgung der Polen fortgesetzt, Gefangene gemacht und Kriegsmaterial erbeutet. Die Polen wurden über den Pripietfluß getrieben. In der Richtung auf Romno wurde der Vormarsch fortgesetzt. In der Gegend des Kiewschen Meeres wurde die Stadt Rogatki erobert.

Wie aus dem amtlichen polnischen Heeresbericht selbst hervorgeht, bestätigen sich also die Meldungen über den Durchbruch der polnischen Front. Dabei muß man noch in Betracht ziehen, daß der polnische Heeresbericht diese Tatsache möglichst zu verschleiern sucht. Wie ernst in Wirklichkeit die Lage Polens ist, zeigen die Aufrufe des Staatschefs Pilsudski an das polnische Volk, in denen freimütig der gescheiterte Zustand des Landes erörtert und zur Zusammenfassung aller Kräfte der nationalen Verteidigung aufgerufen wird.

Es kann aber jedenfalls als verifiziert bezelchnet werden, wenn die „Chicago Tribune“ angeblich aus „bester Quelle“ erfahren haben will, daß Polen gegenüber Rußland Kapitulationserklärung abgeben habe. Zu einem solchen Schritt sind offenbar die militärischen und innerpolitischen Verhältnisse Polens noch nicht gediehen. Man hofft auf die Unterstützung der Entente. Es ist aber sehr zu bezweifeln, ob die im letzten Abjah der obenstehenden Meldung enthaltene Mitteilung vom Eingreifen einer Westmacht zu Gunsten Polens auf Wahrheit beruht. Die Engländer und Franzosen sind militärisch beschäftigt im Orient, England überdies stark im eigenen Haus, in Irland. Schon die bloße Absicht, englische oder französische Truppen zur Unterstützung Polens an die polnisch-russische Front zu schicken, würde auf den stärksten Widerstand der Arbeiterklasse der Ententeländer stoßen.

Der Ausnahmezustand in Gotha aufgehoben

Nach der Bildung der neuen Regierung ist der Ausnahmezustand über den Freistaat Gotha heute aufgehoben.

9. November sein Tätigkeitsfeld nur verheeren hat und unter der Hämme von Völkern sich nun gegen uns wendet, Hans Paasche ist das Opfer derer, die Ursache geworden, da er im Wort und Tat und Hämme den Hut geholt hat, nicht zu sagen, Oberbürgermeister Karl Lindhagen aus Stockholm, der bekannte Pazifist und Publizist, überbrachte die Grüße der schwedischen Gefangenen und forderte die Befreiung der Todesstrafe, die ein solches Verbrechen unwürdig ist. — Gefolge Alice Castellers u. a. aus dem Präfekturalen Museum verabschieden die erste und würdevollste Gedächtnisfeier für den edlen und reinen Menschen Hans Paasche, der als Gegner der Gewalt ihr Opfer wurde. Und beim Hinabschauen in den warmen Sommerabend dachte man an das Wort: Nicht alle sind tot, die erschossen sind, denn sie leben den Geist nicht, ihr Brüder.

Die Staatsober brachte in der Spielzeit 1919/20: Pflügers „Valentina“, Alberts „Ester von Olvera“, Wolf Herraths „Sonnens Geheimnis“, Richard Strauß' „Trau ohne Braut“, und Selles' „Schahrazade“. Ferner die Balletts: v. Klenow's „Klein Was Blumen“ und Heinrich Kröllers „Ehrentempel“, „Licht und Kostümball“. Reinszeniert wurden Glucks „Iphigenie auf Tauris“, Lorchings „Wassenschmid“, Nicolais „Lustige Weiber“, Purcins „Abame Battenis“. An württembergischen Aufführungen fanden statt: 3 Aufführungen des „Ringes der Nibelungen“, eine Serie von 5 Partikel-Vorstellungen und die Werke moderner deutscher Werke. An Kompositionen waren 26 Deutsche und 10 Ausländer, im ganzen 36 beteiligt, darunter 12 lebende Meister. Am stärksten vertreten war Richard Wagner.

Theater. An Stelle Arthur Claessers, der die Theaterleitung in der freien deutschen Bühne“ übernimmt, tritt Emil Lind als erster Dramaturg und wird gleichzeitig wie bisher als Schauspieler und Spielleiter im Vestingtheater tätig sein.

Morgen, Freitag, Erstaufführungen: Theater des Westens: „Der Rabenbauer“, Schwanke von Hans Jäger und Josef Jarno mit Max Falkenberg und Olga Weckert in den komischen Hauptrollen. — Friedrich Wilhelmshäufiges Theater: „Margipan“. Volkstümlich von Carl Rabomann. — In Bernhard Hofe Theater gastiert das Künstlerensemble der Komischen Oper am Sonntag, den 10. ds. Mtz., um 8 Uhr, Male mit der Straußschen Operette „Ein Walzertraum“ in erster Besetzung.

In der Vopyros-Ausstellung (Neues Museum, eine Treppel) hat an jedem Sonntag um 11 Uhr der verurteilte Professor Egon Barz einen Vortrag. Die Teilnahme ist frei.

der Bildung. Sein Beckhoben wurde am bekanntesten. Beckhoben ist auf einem Götterfries, dem Jupiter gleich geblüht, und der huldigende Adler zu seinen Füßen wirkt doch als fatale, denn auch dieser ungewollte Anschlag an Sankt des Imperialismus. Eine Art göttlicher Verehrung wurde Klinger von allen Geschlechtern der höheren Stände auch selbst entgegengebracht. Seine Redierungen hatten Fehlbildung auf dem Weltmarkt. Wer so mit den größten Geistern in Rommer stand, mußte der nicht selbst ein Genie sein? Und so wurden denn diesem Genie zwei Kräfte zuteil, an denen er seine innere Größe beweisen konnte: für die Unvergleichlichkeit Leipzig machte er ein Wandgemälde in der Aula — und ein anderes für das Rathaus in Chemnitz. Beide Male entstand ein unendlich banales und kleinaltes Bildchen im Kleinfornat. Das Bild in Leipzig ist geradlinig peinlich. Es ist eine Freude nur für brillenträgende Oberlehrer, die auf ihm den göttlichen Homer, die großen Philosophen Plato und Aristoteles — und leider auch wieder den großen Feldherrn Alexander mit Nahrung wiedererkennen. Klinger hat aber auch wirklich das rechte Futter für Oberlehrer bejagt. Er bildete z. B. den Körper Alexanders klein. Und ihn demüandern deshalb alle Kaiserlich Gebildeten. Ist nicht ein großer, ein staubiger Künstler, wer seinen Quintus Curtius und seinen Vellian kennt, die uns doch derichtet haben, daß Alexander der Große nur klein von Ruß war? In dem Chemnitzer Bild gab Klinger eine Apotheose des leuchtendsten Kapitalismus. Handel bringt Wohlstand, Wohlstand bringt Bildung — so ist das Thema des Bildes. Reichum gestattet der Kultur und der Kunst zu blühen. Das erwartete Geld finanziert gern auch den Tanz der neuen Muse, „Klodige.“

Solange es noch deutsche Oberlehrer gibt, wird es auch Reichere Max Klingers geben.

L. K. Eine Gedächtnisfeier für Hans Paasche veranstaltete die Deutsche Freiwirtschaftsgesellschaft gestern abend im Wühner-Saal. Wühner sind bereits seit der Tragedie in Waldrieden verbannt, ohne daß bisher von der Regierung ernsthaft verhandelt worden ist, die unselige Tragedie zu erlösen. Die geehrte Gedächtnisfeier sollte nach einmal Hans Paasche in die Höhe der Bekämpfung zeigen, in dem Geste, wie er bei uns forschten wird. Nach einem Oratorischem Vortrage von Dr. K. L. über die Bedeutung der Freiwirtschaft im deutschen Volk und der Verdrängung des, der, an die Sozialistische Bewegung erinnert, auf den Weg zu führen und das Evangelium der Liebe und. Durch Mühe und Willen, ein reiner Tag, so ist er reiner Herzog als Marxer des Papsttums gestorben. Arthur Ziller widmet dem toten Herrn eine selbstgeschriebene Würdigung in Prolog. Scherz und treffende Worte sprach Ziller über den Militarismus, der seit dem

Die Konferenz von Spa

Ein Stimmungsbild

H. Spa, 7. Juli. (Nachts.)

Der heutige Tag ist für die Deutschen günstiger verlaufen als die ersten beiden Sitzungen. Ein Zwischenfall ist nicht vorgekommen. Das Auftreten Dr. Simons machte wie gestern so auch heute einen sehr günstigen Eindruck, und auch in Entenretzen wird zugestanden, daß seine Rede mit großer Deutlichkeit und Geschlossenheit zusammengefaßt war, obwohl auch bemerkt wird, daß er wieder die alten Argumente in den Vordergrund rückt. Er wies in seiner Rede auf die großen Schwierigkeiten bei der Entwaffnung hin. Beim Rückzug des deutschen Heeres im Jahre 1918 seien viele Waffen in die Hände der bürgerlichen Bevölkerung gekommen, wodurch die Durchführung der Entwaffnung tief ins bürgerliche Leben einschneiden wird und auch eine große wirtschaftliche Bewegung verursachen kann. Schließlich betonte Dr. Simons, daß es die Sache Deutschlands sei, einen Vorschlag zu machen und daß er begreife, daß die Entente als Sieger den Wert dieser Vorschläge richtig einschätzen werde.

General von Seekt hatte ebenfalls einen guten Tag. Er wies darauf hin, daß die Auslieferung eine große Verantwortung auf die Schulter der deutschen Regierung bürde und daß sogar die großen Schwierigkeiten bei der Entwaffnung hin. Beim Rückzug des deutschen Heeres im Jahre 1918 seien viele Waffen in die Hände der bürgerlichen Bevölkerung gekommen, wodurch die Durchführung der Entwaffnung tief ins bürgerliche Leben einschneiden wird und auch eine große wirtschaftliche Bewegung verursachen kann. Schließlich betonte Dr. Simons, daß es die Sache Deutschlands sei, einen Vorschlag zu machen und daß er begreife, daß die Entente als Sieger den Wert dieser Vorschläge richtig einschätzen werde.

Der Vorsitzende Delacroix verlas die von Seekt's Rede abzusprechende und bemerkte, daß von Seekt nur über das Deutschland der Alliierten einmündige Material. Darauf antwortete dann von Seekt, dieses Material sei den türkischen und bulgarischen Heeren zugewiesen worden, und die Alliierten sollten sich in den Arsenalen der Türkei und Bulgariens durch eine Untersuchung von der Richtigkeit dieser Behauptung überzeugen.

Minister Dr. Simons folgte dem Gang der Besprechungen mit größter Aufmerksamkeit und bemühte sich sehr, jedesmal die Frage vom deutschen Gesichtspunkt aus betrachten zu lassen.

Dr. Seekt erklärte weiter, daß Deutschland alles in allem jetzt drei Millionen Gewehre habe. Die Auslieferung werde nur sehr langsam vor sich gehen. Zwar könnten auch die Waffen der Reichswehr ausgeliefert werden, aber es werde sehr schwierig werden, die Auslieferung der im Besitze der Zivilbevölkerung befindlichen Waffen durchzuführen. Man habe zwar den Vorschlag gemacht, diese Waffen von der Bevölkerung anzukaufen und ein Verbot in dieser Richtung sei bereits gemacht worden, aber die erwarteten Erfolge sind ungewissen. Nützlich wäre es, wenn die Regierung einen Plan, aber das birge eine große Gefahr für die Regierung.

Sitzung der Votchkastkonferenz

Paris, 7. Juli.

Die Votchkastkonferenz hielt heute vormittag unter Vorsitz von Jules Cambon eine Sitzung ab. Sie beschäftigte sich zuerst mit der Votchkastentscheidung in Marierwerder und Allenstein. Die beiden Kommissionen an Ort und Stelle haben Vollmacht bekommen, alle Einzelfragen, die die Votchkastentscheidung betreffen, zu regeln. Der deutsch-polnischen Kommission, die die Aufgabe hat, die Schwierigkeiten des Transitverkehrs zwischen Deutschland und Ostpreußen durch den polnischen Korridor zu regeln, und das in Artikel 98 des Versailler Vertrags vorgegebene Verfahren auszuarbeiten, ist als Schlichter Herr Legerre eingesetzt worden.

Lügen für Spa

Der Hinweis der „Deutschen Tageszeitung“, durch unwahre Nachrichten über die innere Lage Deutschlands auf die Konferenz von Spa einzuwirken, scheint auch von dem Votchkastentscheidungsamt befolgt zu werden. Es brachte in der Mittwoch-Ausgabe die Meldung, bei der Arbeitlosen-Demonstration im Volkspark sei der Rechtssozialist Franz Krüger durch unflätige Schimpfwörter am Reden gehindert worden, die Demonstranten hätten ihn schließlich von seinem Stand heruntergerissen und blutig geschlagen, nur durch eine getragene Frau habe er sich vor der Wut der Menge retten können. An dieser Meldung ist kein Wort wahr. Es seien wohl an einer Stelle ein paar Unflätersprüche, aber selbst der „Vorwärts“ muß feststellen, daß der Vorwurf von der Menge sofort zur Klaffung gemacht wurde. Es handelt sich um einen bloßen Lockvogel, und zwar um einen solchen, der dann die lächerliche Meldung über Krüger seiner Nachrichtenstelle übergab, die sie sofort an das B. L. B. weiterverbreitete, um Stimmung für Spa zu machen.

Obwohl die verlogene Meldung von der gesamten Presse als gefundenes Fressen der Öffentlichkeit aufgetischt wurde, hat sich das Votchkastentscheidungsamt bisher nicht davon abhalten lassen, auch die von einem revolutionären Offizier geleitete Pressestelle des Oberpräsidenten Hörsing. Diese behauptet, kommunistische Elemente hätten gestern nachmittags gegen den Streikzug sämtliche Gräben des Volksparkes mit Wasser gefüllt, was die Teilnehmer zum Abbruch des Streiks gezwungen hätte. Die Pressestelle will anknüpfend mit dieser Meldung, die die Gerechtigkeit der Streikenden verhöhnt, die Hörsing'sche Presse verlangte, weil sie die Wahrheit über Spa die Wahrheit über die Verhandlungen der Votchkastentscheidung für Sachsen gefordert hat.

Die Tagesordnung des Kongresses der dritten Internationale

O.-D. Kopenhagen, 7. Juli.

Die Moskauer „Wostok“ veröffentlichte die Tagesordnung der 15. Juli einberufenen dritten Internationale: 1. Bericht des Sekretariats; 2. Bericht der einzelnen Delegierten; 3. Die allgemeine Tagesordnung; 4. Die Rolle der kommunistischen Internationale; 5. Der Pariser Kongress; 6. Berufsvereinigungen und Gewerkschaften; 7. Die Rolle und der Aufbau der kommunistischen Partei vor und nach der Revolution; 8. Agrarfragen; 9. Aufnahme der Gruppen in die dritte Internationale; 10. Die kommunistische Bewegung in den verschiedenen Ländern; 11. Die Tagesordnung der Internationale; 12. Die kommunistische Jugendbewegung; 13. Frauen; 14. Verschiedene Angelegenheiten.

Das Programm der württembergischen Regierung. Im Landtag gab die neue württembergische Regierung durch den Staatspräsidenten Dr. v. Hieber ihr Programm bekannt. Als Richtlinien wurden aufgestellt: Erhaltung von Ruhe und Ordnung, enge Zusammengehörigkeit von Land und Reich, wirtschaftlicher und finanzieller Wiederaufbau, schnelle Beseitigung und Beseitigung innerer Auswüchse auf der Grundlage wirtschaftlichen Wohlstandes zur Befriedigung und ihres unbedingten Schutzes.

Eine Ente. Hodas erzählt aus Sofia, daß die Nachricht von dem kürzlich gemeldeten anarcho-sowjetischen Aufstand in Philippinen nicht wahr ist und ebenso diejenige von der Festlegung des dortigen Stabilitätsplans.

Die Betriebsrätefrage

Die Stellungnahme der Berliner Parteifunktionäre

Die Berliner Parteifunktionäre nahmen gestern zu der Frage, ob selbständige Betriebsrätezentrale oder Betriebsräte-Zentrale der Gewerkschaften, ein Referat des Genossen Richard Müller entgegen. Als Korreferent war Genosse Volkmerhaus von der Berliner Gewerkschaftskommission bestellt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende, Genosse Schindler, der Opfer des Schreckensurteils von Raumburg a. d. Saale, durch das 28 Arbeiter zu insgesamt 79 Jahren Zuchthaus und 53 Jahren Gefängnis verurteilt worden sind.

Genosse Richard Müller führte dann in seinem Referat aus: Unser lares revolutionäres Parteiprogramm hat unserer Partei bei dem letzten Reichstagswahlkampf einen starken Erfolg eingebracht. Es hat sich gezeigt, daß wir um so leichter das revolutionäre Proletariat unter unserer Fahne versammeln können, je klarer und entschiedener wir unsere Grundzüge aufbauen. Unser Programm fordert nun das Räteprogramm als Mittel zur Durchführung des proletarischen Klassenkampfes. In dem Programm wird aber auch jedem Parteigenossen zur Pflicht gemacht, dieses in Wort und Tat durchzuführen zu helfen. Darum hat jeder Parteigenosse die Pflicht, innerhalb der Arbeiterbewegung, sei es als Gewerkschaftler oder als Vertreter der Räteorganisation oder innerhalb der Partei, für unser Aktionsprogramm einzutreten.

Der Rätegedanke, der in den Novembertagen 1918 geboren wurde, hatte eine starke Werbestraft. Die Erfolge der unabhängigen Partei sind zum großen Teil erzielt worden, weil wir in unserem Programm dem Rätegedanken Form und Inhalt gaben. Die Partei muß deshalb auf diesem Wege weiter gehen und schon vor Übernahme der politischen Macht den Ausbau der selbständigen Räteorganisation propagieren, um die Betriebsräte zur Übernahme der Produktionsmittel vorzubereiten.

Leider hat ein Teil unserer Parteigenossen den Ernst der Situation noch nicht erkannt. Es muß ausgesprochen werden, daß wir als konsequente Vertreter des Rätegedankens auch den Widerstand der eigenen Parteigenossen überwinden müssen. Wir treten uns nicht um die Organisationsform, sondern hauptsächlich um den klaren Begriff: was soll aus den Betriebsräten werden? Die Betriebsräte sind Träger der Revolution und wir wollen sie deshalb auch zu Trägern des proletarischen Klassenkampfes machen. Von den Aufgaben der Betriebsräte hängt nun allerdings auch die Organisationsform ab. Sie können deshalb unter keinen Umständen eine Filiale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, d. h. Organe der Gewerkschaften werden.

Einflussreiche Genossen unserer Partei, die auch führende Gewerkschaftler sind, haben das Bestreben gezeigt, die Betriebsräte den Gewerkschaften anzuschließen. Wir wissen nun, daß die Betriebsräte die ihnen gestellten Aufgaben nur erfüllen können, wenn sie als selbständige Organisation sich frei entfalten können. In der gegenwärtigen Situation müssen nun die Parteifunktionäre zu der Betriebsrätefrage auf Grund unseres Parteiprogramms klare Entscheidungen treffen. Solche Entscheidungen sind von den Fraktionen des ersten und zweiten Rätekongresses gefaßt worden. Der erste Rätekongress hat für die Aufgaben und Ziele, sowie für die Tätigkeit der Räte Richtlinien herausgegeben. Wenn damals jemand den Gedanken ausgesprochen hätte, die Räteorganisation den Gewerkschaften anzuschließen, der wäre ausgelacht worden. Auf dem zweiten Rätekongress sind die Richtlinien noch schärfer umrissen worden, und gerade die unabhängige Fraktion war es, die mit aller Entschiedenheit für die selbständige Organisationsform der Räte eintrat.

Der März-Parteitag der U. S. P. stimmte dem Räteprogramm zu und der Leipziger Parteitag legte sich nochmals programmatisch fest, daß es Aufgabe der Partei sein müsse, den organisatorischen Aufbau der Räteorganisation zu betreiben und ihn mit allen Mitteln und Kräften durchzuführen. Müller verwies dann auf den Aufruf des Parteivorstandes vom 10. Dezember 1918, sowie den Aufruf der „Arbeiter“ vom 4. Januar 1920, in denen die Arbeiter und Angestellten aufgefordert wurden, mit aller Kraft an den Aufbau der revolutionären Räteorganisation heranzugehen.

Die Rechtssozialisten und auch die Mehrheit der Gewerkschaftsführer sind jetzt verschiedene Gegner der selbständigen Räteorganisation. Leider stellen sich auch maßgebende Parteigenossen, die führende Stellungen in den Gewerkschaften einnehmen, auf den Standpunkt, daß die heutigen Betriebsräte den Gewerkschaften anzuschließen werden müssen. Sie legen das Parteiprogramm so aus, daß die darin festgelegten Beschlüsse sich nicht auf die heutigen Betriebsräte, sondern nur auf die politischen Arbeiterräte beziehen. Da nun der größte Teil der Gewerkschaften auf dem Boden der Arbeitgemeinschaften stehen, würden sie konterrevolutionär und binnen niemals die Betriebsräte zur Erfüllung ihrer hohen Aufgabe führen. Die Gründe, die diese Genossen uns entgegenhalten, sind einer brüchigen Ideologie entnommen. Wenn nun der Genosse Robert Dismann in einer Besprechung ausgeführt hat, daß es den Parteigenossen überlassen bleiben müsse, innerhalb der Gewerkschaften ihre Stellung nach den Gesetzen der Gewerkschaften einzurichten, so macht er praktisch damit dasselbe, was Herr Vogel mit den Gewerkschaften gemacht hat. Es muß ausgesprochen werden, daß es zwischen den Gewerkschaften und den Räteorganisationen zu Kompetenzstreitigkeiten kommen kann, und hier wäre es deshalb notwendig, daß beide Organisationsformen zu einer Verständigung kämen.

Wir in Berlin waren uns mit der Berliner Gewerkschaftskommission bis auf einige wenige Differenzpunkte einig, besonders die Finanzierung der Räteorganisation war noch ein Hindernis. Die Parteifunktionäre haben nun die Pflicht, die selbständige Räteorganisation anzuerkennen, wenn sie den Boden des Parteiprogramms nicht verlassen wollen. (Leb. Beifall.)

Korreferent Genosse Volkmerhaus: Es ist bis jetzt noch nicht erschienen, daß die Gewerkschaftler, die auf dem Boden der U.S.P. stehen, gegen das Parteiprogramm verstoßen, wenn sie innerhalb der Gewerkschaften ihre Tätigkeit so entfalten, wie es dem Interesse der Gewerkschaften nicht entspricht. Selbst die kommunistische Partei vertritt den Standpunkt, daß die Erhaltung der Betriebsräte durch die Gewerkschaften erfolgen müsse. Ich muß nun dem von Müller vertretenen Standpunkt entschieden entgegen treten, daß das Aktionsprogramm der Partei in der Frage der Erhaltung der Betriebsräte, die nach dem Betriebsrätegesetz gewährt sind, den zu beschreitenden Weg vorgeht. Es waren selbstverständlich mit der Propagierung der Räte die politischen Arbeitergemeinden gemeint. Das Betriebsrätegesetz gibt den Betriebsräten vollständig nur rein gewerkschaftliche Funktionen, deshalb können die Gewerkschaften auf eine Angliederung der Betriebsräte an die Gewerkschaften nicht verzichten. Den Vorwurf, daß wir Gewerkschaftler den Boden des revolutionären Klassenkampfes verlassen hätten, weisen wir mit Entschiedenheit zurück. Wir arbeiten mit aller Kraft daran, die Gewerkschaften zu revolutionären und arbeiten auch mit Erfolg daran, den Arbeitgemeinschaften den Boden zu entziehen. Große Gewerkschaften haben auf ihren letzten Verhandlungen den Beschluß gefaßt, aus den Arbeitgemeinschaften auszutreten. Andere Gewerkschaften werden folgen. Die Revolutionierung der Gewerkschaften kann eben nur Aufgabe der Gewerkschaften sein; dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn wir in den Gewerkschaften praktische Arbeit leisten.

Sie haben gestern wohl alle die Richtlinien des Gewerkschaftsbundes in der „Arbeiter“ gelesen. Wenn diese von Richard Müller und Däumling unterschrieben wären, wären Sie hier alle mit einverstanden. Da jetzt es sich eben, daß wir mit Erfolg auch innerhalb des Bundes arbeiten können. Hauptziel des Bundes ist es zu verhindern, daß sich die Herren der alten Gewerkschaftsbureaus mit diesen Richtlinien einverstanden erklären.

Wir werden deshalb auch den von uns eingeschlagenen Weg weitergehen und werden damit auch als unabhängige Genossen nicht den Boden des Parteiprogramms verlassen und werden deshalb auch nicht weniger revolutionär sein als die Genossen von der Betriebsrätezentrale. (Beifall.)

Vor Eintritt in die Diskussion einigte sich die Versammlung dahin, daß abwechselnd immer ein Redner der beiden vertretenen Richtungen zu Wort kommen soll. Zwei Anträge auf Beschränkung der Rededauer wurden abgelehnt.

Als erster Diskussionsredner führte Genosse Hirsch aus, daß von der Revolutionierung der Gewerkschaften bis heute noch sehr wenig zu hören ist. Wir haben es im Gegenteil erleben müssen, daß einige Gewerkschaften unsere Genossen gemäßigter haben, weil sie im Sinne unseres Parteiprogramms auch innerhalb der Gewerkschaften wirken wollten. So Gesche bei den Eisenbahnern, Richard Müller bei den Metallarbeitern, und jetzt wir sechs Mitglieder der Berliner Angestelltenorganisation. Es ist bezeichnend, daß es zum Teil unabhängige Parteigenossen sind, die diese Maßregelung betreiben haben. Abgesehen von einigen Proklamationen ist seit dem letzten Gewerkschaftskongress von der Revolutionierung der Gewerkschaften fast gar nichts zu hören gewesen und es ist daher Pflicht aller revolutionär gesinnter Arbeiter und Angestellten, in den Gewerkschaften sich dementsprechend zu betätigen.

Als nächster Redner erhielt der Vorsitzende des deutschen Metallarbeiterverbandes, Genosse Robert Dismann, das Wort. Er führte aus: Es freut mich, daß mir die Gelegenheit gegeben wird, vor den Berliner Parteigenossen zu dieser sehr wichtigen Frage sprechen zu können. Das Problem, das wir hier zu behandeln haben, kann man nicht mit einigen Phrasen erledigen. Von den sogenannten radikalen Genossen wird häufig und gern die Behauptung aufgestellt, daß wir Gewerkschaftsbureaus nur nach unseren Vätern schielen und darum gern zu einer Kompromißpolitik bereit sind. Wenn man hier im Kreise der Berliner Parteifunktionäre solchen Unfug verapft, so muß ich fragen: wie ist es möglich, daß man so etwas an den Mann bringen kann?

Wir halten es mit dem alten Wort, daß Partei und Gewerkschaften im Streben zur Bewirtlichung des Sozialismus eins sein müssen. Wir haben bereits in langen Jahren in der Partei wie in der Gewerkschaft unsern Mann gestellt. Wir haben ganz besonders während des Krieges mit Karl Legien manchen harten Strauß ausgefochten. Und schon im September 1914, wie während des ganzen Krieges, hatten wir schwere Kämpfe mit der alten Gewerkschaftsbureaucratie zu führen und manch einer der heute mit Steinen nach uns wirft, war damals nicht dabei gewesen. Seit mehr denn 20 Jahren haben wir den Kampf gegen die opportunistische Gewerkschaftspolitik ausgenommen; Sie werden uns jetzt nicht jammern können, daß wir große Probleme, die das Schicksal der Arbeiterbewegung bedeuten, mit einigen radikalen nichtjüngeren Phrasen abtun. Und wenn einige Genossen denken, sie müssen uns wegen unserer Haltung den härtesten Kampf anlassen, so kann ich es ihnen schon heute sagen: so leicht, wie es 1917 den Scheidemannern geworden ist, uns aus der Partei herauszubringen, geht das heute nicht mehr. Wir haben Heimkehrrecht in der Partei, an deren Wiege wir gestanden haben.

Wir sind nun dabei, innerhalb der Gewerkschaften mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften und Mitteln die Gewerkschaften zu revolutionieren. Dazu brauchen wir aber Bewegungsfreiheit und können uns von der Partei keine Vorschriften für jeden einzelnen Fall machen lassen. Im übrigen handelt es sich in den Gewerkschaften um revolutionäre Sozialisten. Was Müller uns andichtet, trifft uns nicht. Wenn man nun die Räteinstellung voll durchführt, dann kann man weder auf den Beschlüssen des ersten und zweiten Rätekongresses, noch auf den Beschlüssen des Parteitag oder des Leipziger Parteitages Vergleiche anstellen. In diesen programmatischen Forderungen hat niemand an die durch das Betriebsrätegesetz geschaffenen Betriebsräte gedacht. Auch Genosse Gelpien, der das Leipziger Programm ausarbeitete und dem Leipziger Parteitag zur Annahme empfohlen hatte, kann dies bestätigen.

Wir müssen nun die Frage unteruchen, warum die Gewerkschaften darauf bestehen müssen, daß die Betriebsräte den Gewerkschaften angeschlossen werden. Es ist höchstens eine Lebensfrage der Gewerkschaften. Seit 20 Jahren kämpfen wir um die Anerkennung der Arbeiterausschüsse in den Betrieben, weil die Arbeiter dort ihre Vertretung haben müssen. Das Betriebsrätegesetz nimmt uns die Arbeiterausschüsse und überträgt deren Funktionen den Betriebsräten. Nun frage ich: können wir heute in den Betrieben ohne Vertretung der Arbeiter bei Verhandlungen um mit den Unternehmern auskommen? Der Betriebsrat kann sich nur Bedeutung verschaffen, wenn die organisierte Arbeiterschaft geschlossen hinter ihm steht. Wenn z. B. ein Betriebsrat gegen die Willkür eines Unternehmers gefaßt werden muß, dann wird ihm die Betriebsrätezentrale in der Mindesthöhe nicht helfen können, dann muß er sich an seine zukünftige gewerkschaftliche Organisation wenden. Also, weil der Betriebsrat seine Aufgaben nur erfüllen kann, wenn die organisierte Arbeiterschaft hinter ihm steht, darum müssen die Betriebsräte Organe der Gewerkschaften sein.

Wenn nun gesagt wird, daß die meisten Gewerkschaften auf dem Boden der Arbeitgemeinschaften stehen, so kann ich an Hand des Beispiels, das die Metallarbeiter gegeben haben, nachweisen, daß wir auf dem besten Wege sind, den Gewerkschaftsbund aus dem Rahmen der Arbeiterbewegung herauszuwickeln. Auf dem letzten Metallarbeiter-Verbandsstag war niemand, der verlangt hätte, daß wir aus dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund austreten. Und wenn heute trotzdem Genossen kommen, und Zeter und Mordio schreien, weil wir uns mit Karl Legien an den Verhandlungstisch setzen, so sage ich, das ist Demagogie. Ich will hier nur zum Beweise, daß unsere Tätigkeit innerhalb des Bundes von Erfolg gekrönt ist, will ich mitteilen, daß der Bundesvorstand heute beschloßen hat, einen aus 17 Mitgliedern bestehenden Beirat für die Betriebsräte-Zentrale für Deutschland zu bilden, deren Vertreter von Betriebsräten aus den wichtigsten Industriezweigen entsandt werden. Dazu kommen zwei Vertreter der Eisen- und drei Vertreter des Bundesvorstandes, dann ein Mitglied des Metallarbeiterverbandes. Der Bundesvorstand hat heute weiter eine einleitende Kommission eingesetzt, die sich mit Schaffung von Industrieorganisationen, in denen die Bundes- und Konzernbetriebsräte einmündig werden, beschäftigen soll. Wollen Sie nun vielleicht behaupten, daß wir nicht bereits auf dem Wege sind, die Gewerkschaften zu revolutionieren? Wir wollen mit den Betriebsräten in Reich und Glied mitwirken, im Rahmen des revolutionären Klassenkampfes. Und wenn wir an der Forderung festhalten, daß die Betriebsräte den Gewerkschaften angeschlossen sein müssen, so wird es die Zukunft lehren, wor der revolutionären Arbeiterbewegung den besten Dienst geleistet hat. (Langer Beifall.)

Wegen der vorgeschriebenen Zeit wurde beschlossen, die Versammlung zu vertagen, und die Parteilistung demnächst, in kommender Woche eine neue Sitzung zusammenzubekommen.

Flamische Konferenz in London. In London wurde die flamische Konferenz eröffnet. Anwesend waren 250 Delegierte aus etwa 30 verschiedenen Ländern, darunter aus Amerika, Deutschland, England und Rußland. Der Kongreß wählte den amerikanischen Richter Brandeis zum Vorsitzenden und Dr. Ray Kordan zum stellvertretenden Vorsitzenden.

Schwere Explosion in einer französischen Pulverfabrik. Die Fabrik von Dijon meidet, hat sich gestern vormittag eine Explosion in der Pulverfabrik von Wongsa ereignet, bei der zehn Personen getötet und dreißig verwundet wurden.

Groß-Berlin

Was dürfen Schuhreparaturen jetzt kosten?

Der Artikel „Schuhwunder“ in Nr. 254 der „Freiheit“ hat berechtigterweise in Schuhmacherkreisen einige Erregung hervorgerufen. Wir haben einige Zuschriften erhalten, die keine Schmähereien für uns enthalten. Daneben sind uns aber auch von selbständigen Schuhmachern mündlich und schriftlich Meinungsäußerungen zugegangen, die die von uns veröffentlichte Zuschrift zwar für übertrieben und nicht ganz sich haltend erklärten, unsere Schlussfolgerungen aber billigten. Und darauf kommt es doch schließlich an.

Als wir damals die Zuschrift veröffentlichten, schwebten uns die kinderreichen Familienväter vor, die, wie man zu sagen pflegt, „nicht vom Schuster wegkommen“. Wenn dann ein höherer Preis für Schuhreparaturen abverlangt wird als nach Zubilligung einer anständigen Entlohnung dem Schuhmachermeister zugestanden werden kann, dann muß das verurteilt werden. Das sehen auch selbst die in diesen Zuschriften enthaltenen, die keine Kapitalien anstreben, sondern nur ein einigermaßen auskömmliches Einkommen erzielen wollen. Deshalb werden wir uns ja auch dagegen, daß in den Richtpreisen der Schuhmacherinnung der 33 1/2-prozentige Geschäftsunkostenzuschlag auf die Gesamtberechnung, also auch auf das Leder, geschlagen wird. Denn dadurch wird auch der Schuhmacher an hohen Lederpreisen interessiert, weil sein Unkostenzuschlag zugleich mit den Lederpreisen sinkt und steigt, während doch seine Geschäftsunkosten im wesentlichen immer dieselben bleiben. Das richtige wäre, wenn ein Unkostenzuschlag nur auf die Arbeitslöhne gelegt wird, denn diese sind etwas stabiler und stehen auch in einem gewissen Verhältnis zu den Geschäftsunkosten, und andererseits würden die Lohnstreitigkeiten dadurch ebenfalls auf ein Mindestmaß herabgedrückt werden. Was nun die Frage betrifft, was zur Zeit für Schuhreparaturen von einem realen Schuhmacher verlangt werden darf, so liegen uns dafür mehrere fast gleichlautende Berechnungen vor. Laut Rechnung vom 3. Juli hat ein Schuhmacher für ein Paar Herrenschuhe 51 M. bezahlt, das würde für 220 Gramm Leder zu einem Paar Herrenschuhe 22,44 M. ausmachen. Dazu kommen 2 1/2 Stunde Arbeitslohn je 6 M. gleich 15 M., und für kleine Zutaten 1,50 M., zusammen also 39,94 M. Rechnet man dazu noch 33 1/2 Prozent Geschäftsunkosten auf den Arbeitslohn, also 5 M., so läme eine Gesamtsumme von 44,94 M., also rund 45 M. heraus. Das wäre unseres Erachtens ein Preis, der sich rechtfertigen läßt und der bei den jetzigen Lederpreisen nicht wesentlich überschritten werden dürfte. Die Kosten für kleinere Reparaturen sind hierbei aber nicht mitgerechnet und müssen besonders bezahlt werden. Es wird nun von einzelnen Schuhmachern ein bedeutend billigeres Angebot gemacht, doch kann dies, was uns glaubhaft versichert wird, nur auf Kosten der Lederqualität und der Arbeitslöhne für die Gehilfen geschehen. Diese Gehilfen können aber nur dann gedeihen und den übrigen Schuhmachern Konkurrenz machen, wenn letztere mit ihren Preisen zu sehr in die Höhe gehen, so daß der Unterschied allzu groß in die Augen springt.

Wir wollen nun hoffen, daß sich in den Kreisen der Schuhmacher das Bestreben bemerkbar macht, die Kirche im Dorf zu lassen. Eine Herabsetzung dieses ehrlichen Handwerkes liegt uns fern, aber wenn wir glauben, daß dort gesündigt wird, dann halten wir auch mit einer scharfen Kritik nicht zurück.

In dieser Angelegenheit ging uns auch noch ein längeres Schreiben von Herrn C. E. E. in, dem Obermeister der Berliner Schuhmacher-Innung zu. Soweit darin die Aufrechnung in Nr. 254 der „Freiheit“ kritisiert wird, ist dies in dem vorstehend genannten Bericht. Im übrigen ist aber die Berechnungsweise, die Herr E. E. E. vornimmt und wobei er zu einem Preis von 60 M. Markt für ein Paar Herrenschuhe nebst Zinsen kommt, ganz willkürlich und entspricht nicht den Verhältnissen, die zugrunde gelegt werden müssen. Wir geben deshalb nicht darauf ein. Wenn Herr E. E. E. aber behauptet, wir sind über die Verhältnisse schlecht unterrichtet, dann tritt er sehr. Wir können ihm sogar verraten, daß uns verschiedene Fachleute gelagert haben, daß höchst selten für ein Paar Herrenschuhe und Abzüge 220 Gramm Leder gebraucht werden, sondern höchstens 200 Gramm; ferner wissen wir, daß der Stundenlohn für Reparaturschuhmacher nicht 6 Mark, sondern 4,20 Mark beträgt. Diese Vorteile, die wir in unserer Berechnung stehen sehen, kommen den Meistern also auch noch zugute. Daß die Schuhmachermeister

heute ihren Kunden etwas schenken, wie sich Herr E. E. E. ausdrückt, kann er Dummen erzählen. Wir wissen genug und lassen uns nichts vormachen. Unsere Rechnung, die wir obenstehend aufgemacht haben, ist von mehreren Fachleuten geprüft und für richtig befunden worden.

Parteigenossen Noabits! Die Lehrerschaft hat es abgelehnt, die Qualerspeisung während der Ferien auszuführen. Da durch tausende Proletariatskinder um die so notwendige Aufbesserung ihrer Ernährung kommen, so suchen wir hilfsbereite Genossinnen und Genossen, die täglich, vormittags von 9-11 Uhr, für diese armen Kinder die Speisenausgabe vornehmen würden. Meldungen nimmt entgegen bis Freitag abend, Otto Thornsseifer, Lübecker Str. 11 (Freiheit-Expedition) und Max Grauwunder, Wilschstr. 15 (Zigarrengeheiß).

Die Einführung der Groß-Berliner Stadtverordnungen und die erste Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung findet am Montag, den 12. d. M., mittags 12 Uhr, im Festsaal des Berliner Rathhauses statt. Oberpräsident Dr. Raabe wird nach einer allgemeinen Eröffnungsansprache die Einführung der Stadtverordnungen in ihr Amt vornehmen und sie durch Handschlag an Eidesstatt verpflichten. An die feierliche Eröffnung des Groß-Berliner Stadtparlamentes dürfte sich die Wahl des Vorstandes anschließen.

Das nächste Volkskonzert des Blüthner-Orchesters findet am Freitag, den 9. Juli, abends 7 1/2 Uhr, in der Hoppoldt-Brauerei, statt.

Die Leichen zweier jugendlicher Personen wurden gestern an verschiedenen Stellen aus dem Wasser gezogen. Aus dem Verbindungskanal des Spandauer Schiffahrtskanals wurde die Leiche des 14 Jahre alten Schülers Georg von Runnig aus der Bärfläßer Straße 8 gefunden. Am Haleschen Ufer aus dem Landwehrkanal die eines noch unbekanntes etwa 14 bis 16 Jahre alten jungen Mannes. Es handelt sich um einen Berliner, der ungefähr 1,44 m groß ist, dunkelblondes Haar hat und ein graues Jackett und Weste, ein graues Hemd, Wollstrümpfe und schwarze Strümpfe trug. Bei sich hatte er eine Sabelarte des Stadtbades in Neutölln. Ein besonderes Kennzeichen ist, daß dem Toten an der rechten Seite des Oberleibes zwei Zähne fehlten. Die Leiche befindet sich im Berliner Schandeanf.

Beim Baden ertrunken. Gestern nachmittag ertrank im Freibad Tegeler der Kaufmann Franz Winter aus der Thierstraße 3 in Berlin, der mit seiner Frau badete. Seine Leiche ist noch nicht geborgen. An derselben Stelle ertrank der Magistratsbeamte Schäfer aus der Wöhlerstraße 6. Im Blagensee kam vorgestern beim Baden die 15jährige Tochter Hilde des Arbeiters Wilhelm Kahn aus der Wilschöder Straße 2, ums Leben.

Der Schwimm-Verein „Vorwärts“, Berlin 1897 (Mitglied des Arbeiter-Wassersportverbandes), veranstaltet am Sonntag, den 11. Juli, ein Damer-Schwimmen unter Beteiligung aller Arbeiter-Schwimmvereine Groß-Berlins. Der Start ist vormittags 10 Uhr im Urbanhafen; durchschwommen wird der Landwehrkanal bis hinter die Thielendbrücke (Studentenbad). Rettungsvorführungen, unter Beteiligung der Arbeiter-Samariter-Kolonie, finden statt: gegen 9.30 Uhr an der Kotlauerbrücke, gegen 10 Uhr an der Hohenstraße und gegen 10.45 an der Thielendbrücke.

Voraussetzliches Wetter für Berlin und Umgebung am Freitag: Sehr warm, ziemlich schwül, überwiegend heiter, zeitweise stürker bewölkt, bei mäßigen südlichen Winden. Gewitter nicht ausgeschlossen.

Aus dem Gemeindeleben

Bernau. Auf der Tagesordnung der letzten Stadtverordneten-Versammlung am 30. Juni stand unter anderem auch der Bericht der Untersuchungskommission. Im Auftrage der Kommission berichtete der Bürgermeister, die Kommission hatte beschlossen, Privatpersonen aus der Untersuchung herauszulassen und sich nur auf Beamte zu beschränken. Festgestellt wurde einwandfrei, daß der hiesige Polizeikommissar von Derken, einer von den alten Partei der Monarchisten, das Militär, welches hier in den Rapplagen einrückte und sich durch Provokationen, Hausdurchsuchungen und Befehlungen verschiedener städtischer Werke hervor, durch ein Telegramm hierher gerufen hatte. Ferner diente ein Beamter des hiesigen Zollamts dem Militär als Führer bei den Hausdurchsuchungen bei unseren Genossen. Gegen beide Beamte wurde bei ihrer Be-

örde Anzeigenschaft, ferner auch gegen den Vandalenführer der Prenzlauer Garnison, einen Major Ederlow, der u. a. unerschütterlich in die Magistratsführung eingedrungen war. Das Verhalten eines sächsischen Beamten, des Direktors der hiesigen Höheren Schule, der es nicht der Mühe wert hielt, sich gegen die Anklagen, die gegen seine Person erhoben wurden, zu rechtfertigen und der nicht vor dem Untersuchungsausschuß erschien, wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Eine Magistratsvorlage: „Annahme des Tarifs der Bauarbeiter“ für die in städtischen Diensten Arbeitenden, wurde gegen die Stimmen der bürgerlichen Fraktion angenommen. Der Antrag der Reichslandarbeiter auf Erhöhung ihres Stundenlohnes wurde leider auf Vorschlag des Gewerkschaftsrates des Ausschusses abgelehnt werden, da sonst das Demobilisationsamt den staatlichen Zuschuß nicht mehr leisten. Jedoch soll der Fürsorgeausschuß alles unternehmen, um dem Gewerkschaftsrat durch Bezahlung der Rententage usw. ihr hartes Los zu erleichtern. Die Magistratsvorlage: „Billigung der Grundgehälter, Ortszulagen usw. für die Lehrkräfte der höheren Schulen nach den staatlichen Sätzen, wurde angenommen. Auch eine Erhöhung der Angestellten- und Beamten-Gehälter wurde der Gehaltskommission zur Verdisziplinierung überwiesen. Einige kleine Anfragen unserer Fraktion, welche die Verleserung der Lehrmittel für bedürftige Schulkinder, die Reinigung der Schulräume, Vertretung der Lehrer, Pfortenbildungsschule usw. betrafen, wurden von unserem Genossen Knöschke begründet. Nach einer herben Kritik aller Mängel in der Volksschule, sagte der Bürgermeister zu, in Zukunft sich mehr der Schule anzunehmen. Ein Antrag des Arbeiterrates, den besetzten Mitgliedern pro Tag 10 M. mehr zu bewilligen, wurde gegen die Stimmen der bürgerlichen und zwei Rechtssozialisten die übrigen enthielten für die Stimme, angenommen. Die bürgerlichen hatten den Antrag gestellt, die Befolgung des Arbeiterrates überhaupt zu streichen, welcher nur dadurch abgelehnt wurde, daß drei ihrer Mitglieder fehlten und ein Teil der Rechtssozialisten sich der Stimme enthielt.

Aus den Organisationen

2. Bezirk. Freitag, 9. abends 7 1/2 Uhr, bei Frau, Wilschstr. 15. Sitzung des Rates und General-Ausschusses.
10. Bezirk. 1. Abteilung. Freitag, 9. 10 Uhr Sitzung sämtlicher Funktionäre der Abteilung bei Hermann Grotzer Straße.
11. Bezirk. Donnerstag abend 8 Uhr, Sitzung der Frauenarbeit- und Kinder-Ausschüsse bei Heiner, Wilschstr. 16.
12. Bezirk. 2. Abteilung. Freitag, 9. 7 1/2 Uhr, Sitzung sämtlicher Funktionäre bei Heiner, Wilschstr. 16.
Halleischer Tag. Heute abend, 8 1/2 Uhr, Sitzung sämtlicher gewählten Stadt- und Bezirksverordneten bei Schweißart, Alte Jakobstr. 21.
Charlottenburg. Räte- und Gewerkschaftsausschüsse Freitag 7 Uhr, im Rathaus, Zimmer 204.
Teltow-Verkehr. 2. Bezirk. Sonntag vormittags 10 Uhr in Oranien, Spentker Straße 28, im Lokal Frau, Konferenz der Räte- und Gewerkschaftsausschüsse. Beginn 10 Uhr, nachmittags 2 Uhr.
Erdmann. Freitag, 9. 7 1/2 Uhr, im Thierpark, Keller-Wilhelm-Str. 29, wichtige Sitzung der Geschäftsleitung mit den Oberleitern der Kommissionen und den Zahl-ableitern.
Märkischer. Sonnabend 7 Uhr Funktionäre-Sitzung bei Breiter, Chausseestraße 128. Freitag, 9. 7 1/2 Uhr, bei Göttsche, Schlegelstr., Postfach 23, Gruppenleiter und Bezirksleiter sind hierzu eingeladen.

Vereinskalender

Deutscher Bergarbeiter-Verband. Bezirksverein 17. Generalversammlung im „Republikaner“, Freitag, den 9. Juli, nachm. 8 Uhr.
Soz. Proletarier-Jugend. Wedding 1. Die Mitgliederversammlung findet nicht heute statt, sondern am Freitag.
Verband Volksgesundheit. Nicht am Sonnabend, sondern bereits heute abend 8 Uhr, im „Republikaner“, Donnerstag, den 8. Juli, abend 8 Uhr.

Geschäftliches

Verlangt Neuen und gute Qualität, das sind die Geschäftsgründe der Firma G. Weichmann, Berlin W 9, linker, 20, die im Josefstraße unserer Blätter den besten preiswerten Angebot in Schuhe und Schuhe macht.
Verantwortlich für die Redaktion: Leo Gleichschalt, Friedemann-Verlagsanstalt f. d. Inveratentel: Ludwig Romertier, Karlsruher-Verlagsanstalt f. d. Inveratentel: G. M. B. S., Berlin. — Druck des Freiheits-Druckerei G. M. B. S., Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskaufschuk
5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Besäubern bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an.
Spez.: Zähne ohne Säumen. Keine Luxuspreise.
Zahn-Praxis Natvani, Danziger Str. 1.

Sondernummer Spa der „FREIEN WELT“

für den Soz. Aufbau der zerstörten Gebiete	für die deutsch-französische Verständigung	Die Bilanz des Krieges	Politische Karikaturen und Witze	heute neu	rür 60 Pf. überall erhältlich
--	--	------------------------	----------------------------------	-----------	-------------------------------

Kleine Anzeigen

Annahme in allen Expeditionen des Tages. — Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Unterricht

Wichtiges Deutsch lehren, schreiben, lesen, Grammatik, Orthographie, Prosodie, Poesie, Kunstgeschichte, 477, Preis 4,20.

Stellen-Gesuche

Junger Mann sucht Stellung als Lehrling oder als Buchhalter, Franzosenstraße 22.

Verkäufe

Cardinalverkauf Deutsch, Danziger Straße 11.
Wichtige Industrieanlagen, Maschinen, Eisenwerkzeuge, Werkzeugmaschinen, Aufzüge, Pumpen, Ventilatoren, etc. etc.

Quantität, prima raffiniert, davor, normale Größe, 16 M., Vorder, Vorder, 60.

Neuverschleißt sowie andere verschiedene Artikel, keine Ausnahmen, immer noch in Ausverkauft (speziell) Sommerpreisen im Reichhaus, Wilschstr. 7.

Möbel

Chaiselongues 200,00 bis 500,00, Patentstr. 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Fahrräder

Verkauf von gebrauchten und neuen Fahrrädern, Reparaturen, Ersatzteile, etc.

Kaufgesuche

Suche nach gebrauchten Fahrrädern, etc.

Werkzeuge u. Maschinen

Verkauf von verschiedenen Werkzeugen und Maschinen, etc.

Schrauben etc.

Verkauf von Schrauben, Bolzen, etc.

Verschiedenes

Verkauf von verschiedenen Waren, etc.

Storten Kupferdraht, Eisen und Stahl

Verkauf von Kupferdraht, Eisen, Stahl, etc.

Todes-Anzeige.

Wilhelm Deusch, am Sonntag, den 4. d. M., den Tod in den Armen gefunden hat.

DER MORD

an
Karl Liebknecht
und
Rosa Luxemburg

Mit Beiträgen des Ermordeten und Wägen der Angeklagten
115 Seiten Preis 4.- Mark

Zu beziehen von der
Buchhandlung „Freiheit“,
Breite Straße 8-9

Genossen werbt für die „Freiheit“